



Rolf Höfert
Geschäftsführer des
Deutschen Pflegeverbandes (DPV)

Editorial

Noch kein Klimawandel in der Pflege!

Trotz der umfangreichen gesetzlichen Initiativen der Bundesregierung und guter Ansätze zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung durch die Konzertierte Aktion Pflege, wirkt die Selbsteinschätzung der Pflegenden frostig und resignierend. So zeigen es die aktuellen Ergebnisse des Care-Klima-Indexes 2018, in dem 74% der Befragten angaben, dass das Thema Pflege in der Politik nur von niedriger Relevanz sei. Diese Einschätzung steht in Verbindung mit der vor Ort nicht wahrnehmbaren Verbesserung der chronifizierten hohen Arbeitsbelastung. So sind aktuell auch nach den avisierten 13.000 zusätzlichen Planstellen durch das Pflegepersonalstärkungsgesetz und die 10.000 zusätzlichen Planstellen durch die Pflegepersonaluntergrenzenverordnung des BMG noch keine zählbaren Ergebnisse in den Einrichtungen angekommen. Bei allem Wetterleuchten der Politik muss es jetzt zeitnah um den wirklichen Klimawandel in der Pflege gehen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr



Rolf Höfert
Geschäftsführer



Speziell für unsere Mitglieder

Stellen Sie uns Ihre Fragen

Die Telefon-Beratung für Sie geht weiter: Am 25. März 2019 von 11 bis 13 Uhr stehen unsere Experten wieder für Sie bereit. Wir beantworten Ihre fachlichen und rechtlichen Fragen rund um die Pflege.

Rufen Sie an: 02631 83880

Inhalt

- 1 • Telefonberatung
- 2 • CARE Klima-Index 2018
- 3 • Konzertierte Aktion Pflege:
Ausbildungsoffensive für die Pflege
 - VKAD verteidigt Entlohnung in der Altenpflege
- 4 • Mit neuen Ideen dem Fachkräftemangel begegnen
 - Die Pflegekammer in NRW kommt
- 5 • Pflegekammer entlastet Geringverdiener
 - Neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung
 - Mehr als vier Jahre Haft nach sexuellem Missbrauch
- 6 • Rückblick: Kongress Pflege in Berlin
 - Jubilare
- 7 • Veranstaltungen
- 8 • DPV ganz nah

CARE Klima-Index 2018

Veränderungen kommen bei der Pflege nicht an

Für 2018 beträgt der Psyma CARE Klima-Index 95,3. Damit ist das Klima im Vergleich zu 2017 um 4,7%-Punkte abgekühlt. Der Grund dafür liegt wohl in dem Gefühl der geringen Wahrnehmung durch die Politik und Gesellschaft, wie die Befragten angaben.

„Die Stimmung in der Pflegebranche ist im Vergleich zum Vorjahr weiter abgekühlt.“ Diese Schlussfolgerung zog Stephanie Hollaus, Projektverantwortliche des CARE Klima-Index Deutschland beim Befragungsinstitut Psyma Health & CARE GmbH am 16.01.2019. Die Ergebnisse zeigen: Die Pflege fühlt sich weiterhin nicht ausreichend von der Politik vertreten. 74% der Befragten geben an, dass der Stellenwert des Themas Pflege in der Politik nur von niedriger Relevanz sei und beurteilen ihn damit, angesichts laufender politischer Initiativen durchaus überraschend, um 5%-Punkte schlechter als im Vorjahr. Auch das gesellschaftliche Ansehen der Berufsgruppe schätzen die Befragten niedriger ein, die Wahrnehmung sinkt hier um weitere 10%-Punkte: 38% der Befragten meinen, der gesellschaftliche Stellenwert der Pflege sei geringwertiger als der von anderen Berufsgruppen. Während die Pflegeversorgung 2017 von 24% der Befragten als qualitativ mangelhaft eingeschätzt wurde, sind es 2018 bereits 29%.

Schlechte Prognose für die Zukunft

Unverändert skeptisch bleibt der Blick in die Zukunft: Wie im vergangenen Jahr denken 42% der Befragten, dass die Pflegeversorgung in Zukunft nur teilweise sichergestellt ist. Sogar 46% gingen im Jahr 2018 davon aus, dass sie überhaupt nicht sichergestellt ist. Im Jahr 2017 lag dieser Wert noch bei 42%. Der Anteil derer, die „schlechte“ Werte für die Arbeitsbedingungen der Pflegefachpersonen aussprechen, steigt weiter, so die Ergebnisse der Untersuchung. Während 2017 bereits 51% der Befragten die Bedingungen als „schlecht“ beurteilten, stieg dieser Wert im Jahr 2018 auf 60%. „Deshalb – und um Vertrauen zu bilden – fordert der



Deutsche Pflegerat insgesamt 100.000 Stellen zusätzlich zu schaffen und diese fest zuzusagen“, insistiert Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats.

Eine eindeutige Einschätzung finden die Befragten beim Thema personelle Ausstattung: 71% von ihnen gehen davon aus, dass diese der gegenwärtigen Situation nicht gerecht wird. 25% meinen, sie wird ihr nur teilweise gerecht, lediglich 4% gehen davon aus, dass sie der momentanen Situation genügt. Weitere 76% aller Befragten glauben zudem nicht daran, dass der Bedarf in den kommenden Jahren gedeckt werden kann. Die Versorgung bei einer Patientenüberleitung wie beim Entlassmanagement oder der nachstationären Versorgung, bewerten fast alle Zielgruppen schlechter. Der Anteil derer, die sie „problematisch“ einschätzen, sinkt im Jahresvergleich um 11%-Punkte auf 44%.

Hohe Bereitschaft für höheren Beitrag zur Pflegeversicherung

Hohe Übereinstimmung bei allen Befragten findet sich bei der Frage nach Einschränkungen durch eine häusliche Pflegesituation. Sehr hohe Einschränkungen gibt es in allen Bereichen: im persönlichen (38%), wirtschaftlichen (33%), beruflichen (39%), familiären (45%) und ganz besonders im mentalen (55%) Bereich. Trotz der angespannten und mehrheitlich negativ bewerteten Lage, sendet die Pflegebranche auch ein gutes Signal an die Politik: 86% aller

Befragten stimmten in der Umfrage für die Ausweitung der Leistungen zur Pflegeversicherung. Und immerhin 77% wären bereit, dafür auch einen höheren Beitrag zur Pflegeversicherung zu bezahlen.

Wer wurde befragt?

Der CARE Klima-Index wurde vom unabhängigen Befragungsinstitut Psyma in Kooperation mit dem Deutschen Pflegerat e.V. und der Schlüterschen Verlagsgesellschaft als Veranstalter des Deutschen Pflageetags konzipiert und realisiert. Der CARE Klima-Index ermittelt einmal jährlich die Stimmung im Zukunftsmarkt Pflege. Er bildet damit ein valides Stimmungsbild mit fundierten Trendaussagen ab. Nach der Erhebung im Basisjahr 2017, der eigentlichen Nullmessung, liegen mit den Ergebnissen aus 2018 Vergleichswerte zu allen Antworten vor, woraus erstmalig Indexwerte errechnet werden konnten. Befragt wurden insgesamt 2.226 Personen – darunter vor allem Pflegefachpersonen, zu Pflegenden und ihre Angehörigen, aber auch Ärzte- und Apothekerschaft, Industrie und Kostenträger sowie Verbände und Kommunen.

Auf dem Deutschen Pflageetag wird der aktuelle CARE Klima-Index thematisiert.

Deutscher Pflageetag

Konzertierte Aktion Pflege: Ausbildungsoffensive für die Pflege

(Berlin) Die Konzertierte Aktion Pflege zeigt erste Erfolge, ihre Ansätze wurden am 28.01.2019 in Berlin vorgestellt: Bis zum Jahr 2023 soll die Zahl der Auszubildenden in der Pflege um 10% steigen. Dafür werden mehr Ausbildungs- und Weiterbildungsplätze geschaffen und die Weiterbildung von Pflegehelfern zu Pflegefachkräften wird zukünftig vergütet.

Das Gesundheitsministerium wird sich an der Ausbildungsförderung beteiligen. Wer sich vom Pflegehelfer zur Pflegefachkraft weiterqualifizieren möchte, soll künftig in dieser Zeit weiter das Pflegehelfergehalt bekommen können. Mit dem Pflege-Paket legt die

Konzertierte Aktion Pflege erste Ergebnisse vor, die den Pflegeberuf attraktiver machen sollen. Mitte des Jahres folgt dann das Gesamt-Paket.

Was steckt hinter der „Ausbildungsoffensive Pflege“?

Gemeinsam haben Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil insgesamt 111 konkrete Maßnahmen beschlossen, zum Beispiel:

- Schaffung von mehr Ausbildungs-, Weiterbildungs-, Schul- und Studienplätzen

- Start einer bundesweiten Informations- und Öffentlichkeitskampagne für den Pflegeberuf
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen werden darin unterstützt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die betriebliche Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter zu verbessern
- Die Weiterbildung von Pflegehelfern zu Pflegefachpersonen wird besser gefördert
- Die Verbände der Pflegeeinrichtungen stellen mindestens 5.000 Weiterbildungsplätze für die Ausbildung von Pflegehelfern zur Verfügung



Zusammen mit den Ländern, Pflegeberufs- und Pflegeberufsausbildungsverbänden, Verbänden der Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser, der Kirchen, Pflege- und Krankenkassen, Betroffenenverbänden, der Berufsgenossenschaft, der Bundesagentur für Arbeit sowie den Sozialpartnern werden dazu bis zum Sommer 2019 konkrete Maßnahmen erarbeitet.

Bundesgesundheitsministerium

VKAD verteidigt Entlohnung in der Altenhilfe

(Freiburg) „Die Mitarbeiterinnen in der Altenhilfe werden schlecht bezahlt! In jeder Talkshow kann man diesen Satz unwidersprochen einwerfen. Aber er stimmt nicht“, sagt Dr. Hanno Heil, Vorstandsvorsitzender des Verbandes katholischer Altenhilfe in Deutschland e.V. (VKAD). Genauer müsse es heißen: „Ein Teil der Altenpflegekräfte wird nicht gerecht bezahlt“, so Heil weiter. Für einen anderen Teil der Altenpflegekräfte gelte dieser Satz nicht. Er erfasse nämlich nicht diejenigen, welche in der Caritas (und ähnliches gilt für die Diakonie) beschäftigt sind. „Dies sind in der Altenhilfe der Caritas immerhin 115.055 Beschäftigte“, bilanziert Heil.

Wie sich ihre Löhne von den übrigen Löhnen in der Altenhilfe unterscheiden soll in einem Diskussionspapier dargelegt werden, das der Vorsitzende des VKAD und der Vorsitzende des Fachbeirates Personalentwicklung beim VKAD, Dr. Robert Seitz, erstellt haben. Anhand eines Vergleichs zwischen Entlohnungen von Altenpflegefach- und -hilfskräften sowie Auszubildenden gegenüber anderen Trägern in der Altenhilfe werden Lohnunterschiede innerhalb der Branche dokumentiert.

In einem weiteren Vergleich soll gezeigt werden, dass in der Caritas die Löhne für den frauendominierten Pflegeberuf den Vergleich mit einem män-

nerdominierten Industriebetrieb wie beispielsweise der des Mechatronikers nicht scheuen müssen. Aus diesen Vergleichen werden einige politische Schlussfolgerungen zur Verbesserung der Entlohnung in der gesamten Altenhilfe gezogen.

„Falsche Aussagen über die Entlohnungssituation konterkarieren die dringend notwendigen Bemühungen der Personalgewinnung für die Altenpflege. Es ist deshalb an der Zeit, Widerspruch einzulegen gegenüber ständig wiederholten, aber unzutreffenden Aussagen über die Entlohnung in der Altenhilfe“, fordert der VKAD-Chef.

haeusliche-pflege.net

Perspektive und Motivation

Mit neuen Ideen dem Fachkräftemangel begegnen

Der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitswesen wächst stetig. Das im November veröffentlichte Gutachten zum „Fachkräftebedarf im Gesundheits- und Sozialwesen 2030“ geht davon aus, dass im Jahr 2030 rund 1,3 Millionen Vollzeitkräfte im Gesundheitswesen fehlen werden. Wie lässt sich diese Erwerbstätigenlücke vermindern?

Anfang der 2020er-Jahre werden die ersten geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen und dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen. Personal dürfte also knapper werden. Tatsächlich zeichnet sich bereits heute ein Personalengpass im Gesundheits- und Sozialwesen ab. Gleichzeitig sind hier erstmals in jüngster Vergangenheit die Löhne stärker als in anderen Branchen gestiegen. Allerdings sind die Preise für Gesundheitsleistungen oftmals staatlich reguliert und bieten damit keine ausreichende Flexibilität, um ein steigendes Lohnniveau in den Preisen abbilden zu können. Infolgedessen kann es im Gesundheits- und Sozialwesen grundsätzlich zu einer Rationierung der Arbeitsnachfrage kommen.

Zurück in den Beruf

Der Bestand an Fachkräften im Gesundheits- und Sozialwesen ist künftig in erheblich stärkerem Ausmaß zu aktivieren. Flexible Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Wiedereinstiegsprogramme können die berufliche

Rückkehr nach einer Auszeit erleichtern und helfen, neue fachliche Kenntnisse zu erlernen oder Vertrauen in die eigenen Kenntnisse zu stärken. Ein erhebliches Potenzial bietet die große Anzahl an Teilzeitbeschäftigten gerade im Gesundheits- und Sozialwesen. Um diese zu motivieren, ihr Arbeitsangebot auszuweiten, müssten Gesundheitsberufe attraktiver werden, insbesondere der Pflegeberuf. Neben dem Lohnniveau ist dabei eine inhaltliche Aufwertung der Pflege wesentlich: mehr Übernahme von Verantwortung in der Versorgung und größere Entscheidungsspielräume. Eine stärkere Akademisierung der Pflege könnte dieses Ziel unterstützen, wenn damit auch ein Mehrwert für die Versorgung einherginge. Bei Fortschreibung des bisherigen Trends würde bis 2030 eine erwerbstätige Person die Leistung von 66,5% einer Vollkraft erbringen. Wenn es gelingt, diesen Wert auf 70,7% zu steigern, kann die Fachkräftelücke um mehr als 240.000 Vollkräfte reduziert werden. Eine Absenkung des Kranken-

standes im Gesundheits- und Sozialwesen von 5,8% auf den Durchschnitt aller Branchen von 5,3% hat dagegen eine vergleichsweise geringe Wirkung auf die Personallücke.

Internationale Unterstützung

Schließlich sollte die Politik Rahmenbedingungen schaffen, um ausländische Fachkräfte für Deutschland zu gewinnen, insbesondere aus großen Ländern mit einer günstigen Bevölkerungsstruktur. Dazu sollte ein modernes Zuwanderungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das weltweit jungen Menschen mit geeigneten Voraussetzungen aus Ländern mit einer günstigen Bevölkerungsstruktur das Angebot macht, legal nach Deutschland einwandern zu können. Eine um fast 180.000 Vollkräfte gesteigerte Zuwanderung bis 2030 könnte zusammen mit den anderen genannten Veränderungen die erwartete Fachkräftelücke von 1,3 Millionen Vollkräften schließen.

vdek

Die Pflegekammer in NRW kommt

(Düsseldorf) Der Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, stellte am 9. Januar die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung unter den Pflegefachkräften zur Interessenvertretung in seinem Bundesland vor: 86% der insgesamt 1.503 Befragten wünschten sich grundsätzlich eine Interessenvertretung. 59% befürworteten ausschließlich die Gründung einer Pflegekammer, während 7% für einen Pflegering plädierten. 20% befürworteten sowohl die Errichtung einer Pflegekammer als auch eines Pflegeringes. 8% sprachen sich gegen eine Interessenvertre-

terung für die Pflege aus – 6% waren unentschieden. Die Befragung wurde von Oktober bis November 2018 durchgeführt und von August bis November 2018 von einer Informationskampagne begleitet. Pflegekräfte konnten sich hierzu in gedruckten Medien, auf einer eigenen Homepage und in 131 vom Land geförderten Multiplikatoren-Veranstaltungen informieren. „Die Entscheidung muss nun konsequent umgesetzt und die Pflegekammer zügig errichtet werden. Mein Ziel ist es, dass der entsprechende Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause im Landtag eingebracht

wird. Ich möchte die Kammer zu einer starken Stimme für die Pflege machen“, erklärte Minister Laumann. So soll die Kammer beispielsweise die Qualität der Pflege sichern, Standards für eine gute Berufsausübung festlegen und überwachen sowie Fort- und Weiterbildungsangebote entwickeln. „Wir werden den Aufbau der Pflegekammer finanziell mit fünf Millionen Euro unterstützen“ sicherte Laumann zu. Langfristig finanziert sich die Kammer aus Gebühren und Beiträgen ihrer Mitglieder.

Landesregierung NRW

Pflegekammer entlastet Geringverdiener



(Hannover) Nach anhaltender Kritik hat die Pflegekammer Niedersachsen ihre Beitragsordnung überarbeitet. Demnach sollen insbesondere Geringverdiener deutlich entlastet werden. „Etwa 13.000 Mitglieder die weniger als 9.168 Euro pro Jahr verdienen, müssen zukünftig gar keinen Beitrag zahlen“, sagte Kammerpräsidentin Sandra Mehmecke in der Anhörung im Gesundheitsausschuss am 17. Januar. Auch die Festsetzung des Jahreshöchstbeitrags im Regelbescheid werde ab dem Beitragsjahr 2019 abgeschafft. Die Pflegekam-

mer setzt neben anderen Verbesserungen ab dem Beitragsjahr 2019 auf die Selbstauskunft ihrer Mitglieder – ohne Festsetzung eines pauschalen Höchstbeitrags. Wenn sich das Einkommen nicht ändert, muss die Selbsteinstufung nicht jedes Jahr neu eingereicht werden.

Die Pflegekammer weist zudem auf eine weitere Änderung hin, die im Sinne vieler Kammermitglieder sein dürfte: „Liegen die Einkünfte im aktuellen Beitragsjahr um mindestens 6.000 Euro niedriger als in der Selbstauskunft angegeben, kann eine Reduzierung bezie-

hungsweise Befreiung vom Beitrag beantragt werden“, so Mehmecke weiter. Das bisherige Aktualisierungsverfahren, das von einem Einkommensunterschied von mindestens 15.000 Euro ausgeht, wurde von vielen Mitgliedern stark kritisiert. „Die neue Regelung entlastet Mitglieder merklich“, erklärt die Kammerpräsidentin abschließend.

Generell ist eine Beitragserhebung unerlässlich und sichert die Unabhängigkeit der Pflegekammer.

www.pflegekammer-nds.de

Neue Patientenbeauftragte der Bundesregierung

(Berlin) Gesundheitsminister Jens Spahn überreichte am 16. Januar nach Berufung durch die Bundesregierung



© BMG / Schinkel

die Ernennungsurkunde zur neuen Patientenbeauftragten an Prof. Dr. Claudia Schmidtke. Sie wurde 1966 in Neumünster geboren und studierte nach ihrem Abitur Humanmedizin an der Universität Hamburg. Ihre Ausbildung zur Fachärztin für Herzchirurgie, Promotion und Habilitation absolvierte sie an der Universität zu Lübeck. Sie verfügt zudem über einen Master of Business Administration (MBA) Health Care Management. Die Gendermedizinerin ist seit 2015 Mitglied der CDU und wurde im September 2017 als Direktkandidatin für den Wahlkreis Lübeck in den Deutschen Bundestag gewählt. Im Deutschen Bundestag ist sie u.a. Mitglied im Gesundheitsausschuss,

im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und in der Enquete-Kommission Künstliche Intelligenz. Vor ihrer politischen Tätigkeit arbeitete sie nach langjähriger oberärztlicher Tätigkeit am Lübecker Campus des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein zuletzt seit 2014 als leitende Oberärztin und stellvertretende Chefärztin am Herzzentrum Bad Segeberg. Schmidtke ist Mitglied des Landesfachausschusses Gesundheit der CDU Schleswig-Holstein (stellvertretende Vorsitzende) und des Landesfachausschusses Hochschulpolitik der CDU Schleswig-Holstein.

Bundesgesundheitsministerium

Mehr als vier Jahre Haft nach sexuellem Missbrauch

(Stuttgart) Ein früherer Pfleger aus der Nähe von Stuttgart wurde am 15. Januar unter anderem wegen schweren sexuellen Missbrauchs zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Die Richter des Landgerichts in Stuttgart sahen es als erwiesen an, dass sich der 34 Jahre alte Heilerziehungspfleger an einem damals knapp 14 Jahre alten Jungen vergangen hat. Er soll ihn vor mehr als zwei Jahren mehrfach ver-

gewaltigt haben. Auch an einer 20-Jährigen mit geistiger Behinderung soll der Mann laut Anklage sexuelle Handlungen vorgenommen haben. Der Angeklagte habe am Landgericht Stuttgart über seinen Verteidiger ein „umfassendes Geständnis“ abgelegt, sagte die Vorsitzende Richterin bereits im Anschluss an eine nicht-öffentliche Sitzung, die am 7. Dezember den Auftakt zum Verfahren bildete.

In der Wohnung des Angeklagten wurden zudem etliche kinder- und jugendpornografische Videos und Bilder gefunden. Der Angeklagte war mehrere Monate über eine Zeitarbeitsfirma in einer kirchlichen Behinderteneinrichtung nahe Stuttgart angestellt.

www.welt.de (20.1.2019)

Rückblick: Kongress Pflege in Berlin



Die Eröffnungsveranstaltung des Kongress Pflege und auch der Stand vom DPV waren sehr gut besucht.

(Berlin) Auch in diesem Jahr kamen vom 25. bis 26. Januar 1.700 Teilnehmer, darunter Pflegemanager, Pflegekräfte aus Versorgungsbereichen, Lehrende der Gesundheitsberufe, Vertreter aus der Politik und Juristen, zu dem Kongress Pflege von Springer-Pflege in Berlin zusammen. Im Rahmen der Eröffnung sprachen Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend, der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil, der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung und Staatssekretär Andreas Westerfellhaus sowie Christine Vogler, Vizepräsidentin des Deutschen Pflegeverbandes.

Im Fokus aller standen die notwendigen Schritte und Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versor-

gungssituation und insbesondere der Arbeitsbedingungen. Mehr als 100 Referenten sorgten für interessante und diskussionsreiche Veranstaltungen. Fester Bestandteil des Pflegekongresses ist seit bereits 24 Jahren auch der Pflegerechtstag.

Der Kongress Pflege 2020 mit dem 25. Pflegerechtstag findet vom 24. bis 25. Januar 2020 in Berlin statt.

Jubilare 3/2019

35 Jahre Mitgliedschaft

Meissner, Ina, Aachen
Dettmering, Monika, Gelnhausen

30 Jahre Mitgliedschaft

Runkel, Ewald, Neuwied

25 Jahre Mitgliedschaft

Schäfer, Andreas, Frielendorf

Wir bedanken uns für Ihre Treue!



Deutscher Pfl egetag 2019

Gepflegt in die Zukunft – JETZT

14. bis 16. März 2019
STATION-Berlin

Deutschlands führender Pflegekongress geht mit vielen interessanten Themen und Fragen in die nächste Runde:

- Wie werden wir morgen arbeiten?
- Neue Versorgungsformen, neue Arbeitsplätze?
- Wird mit der Pflegereform alles besser?

Die Teilnehmer dürfen wieder spannende Podiumsdiskussionen, eine umfassende Fachausstellung, hochkarätige Fachvorträge und praxisnahe Workshops erwarten.

Tages-Ticket
Normalpreis: 130 €
Für DPV-Mitglieder: 110 €

Info
www.deutscher-pflegetag.de



14. - 16. März 2019 | in Berlin deutscher-pflegetag.de

Die Teilnahme bringt 6 Fortbildungspunkte pro Tag im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegenden.

Viele Professionen – ein Patient!

7. Interprofessioneller Gesundheitskongress

5. und 6. April 2019
Internationales Congress Center
Dresden

Themen

- Neurologische Erkrankungen
- Pflegepolitik
- Interprofessionelle Kommunikation
- Digitalisierung
- Gewalt und Deeskalation
- Spezialmodule der Professionen

Info + Anmeldung
Springer Medizin Verlag GmbH
Kongressorganisation
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
info@gesundheitskongresse.de
www.gesundheitskongresse.de

Tages-Karte Frühbucher bis 16. Februar: 90 €
Für DPV-Mitglieder: 75 €

Die Teilnahme gibt bis zu 6 Fortbildungspunkte pro Tag im Rahmen der Registrierung beruflich Pflegenden!



Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit 2019

Die Gesundheitsbranche unter einem Dach

21. bis 23. Mai 2019
CityCube Berlin

Themen

- Hauptstadtkongress Gesundheitspolitik
- Pflegekongress
- Zukunftstrends und Innovationen
- Spannende Fachvorträge

TN-Gebühr am Pflegekongress & Hauptstadtkongress Gesundheitspolitik:
Frühbuchertarif 260 €

Info + Anmeldung
HSK Teilnehmerservice
Tel.: 030 4985 5031
info@hauptstadtkongress.de
www.hauptstadtkongress.de



**HAUPTSTADT
KONGRESS 2019**
MEDIZIN UND GESUNDHEIT
21.-23. MAI 2019 • CITYCUBE BERLIN

DPV

Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88 -0
Fax: 0 26 31/83 88 -20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort:
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV-Hauptstadtbüro Berlin

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, Ev.Krankenhaus
Königin Elisabeth Herzberge gGmbH
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/5472-2110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Sabine Hindrichs
sabine@hindrichs-pflegeberatung.de
www.hindrichs-pflegeberatung.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ivonne Rammoser
Holzmann Medien GmbH
Gewerbestr. 2
86825 Bad Wörishofen
Tel.: 08247/354340
Fax: 08247/3544237
rammoser.servicepoint@bayern@dpv-online.de

DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Uwe Kropp, EKH,
Herzbergstr. 79, 10365 Berlin
Tel.: 030/54722110
kropp.hauptstadtbuero@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Frank Tost
Seniorenpflegeheim Mittelfeld
Am Mittelfelde 100, 30519 Hannover
dpv-point-niedersachsen@kabelmail.de
Tel.: 0511/87964-119
Fax: 0511/87964-127

DPV Service-Point Frankfurt

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Annemarie Czerwinski
Bertha-Bagge-Str. 55, 60438 Frankfurt
Tel.: 069/761904
amalee@t-online.de
Wichtig: Bitte bei Anfragen als Betreff „DPV-Anfrage“

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Karl Heinz Heller
khheller@gmx.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Stephan Kreuels
Rechtsanwaltskanzlei
Coerdeplatz 12, 48147 Münster
Tel.: 0251/9320 5360
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Ilona Groß
ilonagross@web.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Melitta Daschner
Blattstr. 12, 66564 Ottweiler
Tel.: 06858/8162
Mobil: 0172/6844901

DPV Service-Point Nordost (Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen)

Deutscher Pflegeverband (DPV)
c/o Martina Röder
Tel.: 036331/35101
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband (DPV)
Rolf Höfert (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-0
Fax: 02631/8388-20
www.dpv-online.de
info@dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen